Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1905

3.11.1905 (No. 303)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 3. November.

№ 303. Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgesandt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung.
1905.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 23. Oktober d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Zentralinspektor bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, Oberinspektor Karl Heilig das Ritterkreuz I. Klasse mit Eichenlaus HöchstIhres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 18. Oktober l. J. gnädigst geruht, den Zentralinspektor, Oberinspektor Karl Heilig bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen auf sein untertänigstes Ansuchen unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste in den Ruhestand zu versetzen, ferner bei der gleichen Behörde den Revisor August Raif unter Belassung des Titels Rechnungsrat und den Revisor Wilhelm Wien zu Bureauvorstehern zu ernennen.

Mit Entschließung Großh. Ministeriums des Innern vom 26. Oktober d. J., Nr. 47 941, ist der Bezirksgeometer Karl Hechler in Eppingen wegen vorgerückten Alters in den Ruhestand versetzt worden.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 27. Oktober d. J. wurde Betriebsassistent Peter Michel in Gernsbach nach Lörrach versetzt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Das Endergebnis der Landtagswahl.

** Nach dem Ergebnis der Hauptwahlen vom 19. Oktober in Verbindung mit den gestern festgestellten und in unserem heutigen Blatte veröffentlichten Ergebnis der Stichwahlen vom 27. und 28. Oktober wird sich die Gruppierung der Parteien in der Zweiten Kammer des Landtags folgendermaßen gestalten. Von den 73 Abgeordneten werden angehören: 29 der als Block bezeichneten Vereinigung der liberalen Parteien (davon 23 Nationalliberale, 5 Demokraten und 1 Freisinniger), 28 dem Zentrum, 12 der Sozialdemokratie und 4 den Konservativen. Nach diesem Zahlenverhältnis kann keine der Parteigruppen für sich allein einen ausschlaggebenden Einfluß in der zweiten Kammer ausüben. Eine ersprießliche Tätigkeit dieser Körperschaft wird nur dann möglich sein, wenn sich die große Mehrheit der Abgeordneten, in den entscheidenden Fragen der sie trennenden Parteiunterschiede vergessend, in Uebereinstimmung mit der Regierung auf dem gemeinsamen Boden der staatserhaltenden Arbeit für die vaterländischen und nationalen Interessen zusammenfindet. Es ist gewiß nicht berechtigt, wenn da und dort an die Wahlergebnisse Besorgnisse angeknüpft werden, als ob man an einer solchen gedeihlichen Fortentwicklung des öffentlichen Lebens in unserem Heimatlande verzagen müßte.

Nur zu berechtigt aber ist es, wenn von vielen Seiten einige bei der jüngsten Wahlbewegung hervorgetretene Erscheinungen mit trüben Betrachtungen begleitet werden. Sie treffen namentlich die Tatsache, daß die im Block zusammengefaßten Parteigruppen, und namentlich die nationalliberale Partei, die im Eintreten für den nationalen Gedanken und für einen maßvollen Fortschritt ihren Ruhm und ihr Verdienst gefunden hat, bei den Stichwahlen für eine größere Anzahl von Wahlkreisen ein wahltaktisches Abkommen mit der sozialdemokratischen Partei abgeschlossen und damit ihre Stimmen zum Teil den sozialdemokratischen Kandidaten zur Verfügung gestellt haben. Stimmungen und Empfindungen des Augenblicks haben hier über das ruhige Erwägen von Vergangenheit und Zukunft, Rücksichten auf vorübergehende Vorteile haben über die begründete und schwere Besorgnis vor den für die Dauer drohenden Nachteilen den Sieg davongetragen. Wer von höherer Warte den Strömungen des öffentlichen Lebens lauscht, kann es nur tief beklagen, daß die Angehörigen eines auf besonnene und friedliche Entwicklung des Staats und der Gesellschaft bedachten Liberalismus sich in dem kritischen Augenblick aus taktischen Wahlbedürfnissen dazu verstanden haben, ein Wahlabkommen mit den Anhängern einer Partei abzuschließen, deren zentrale Leitung, wie dies noch eben die Tagung in Jena kundgetan hat, an ihren auf den Umsturz der jetzigen Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Endbestrebungen entschieden festhält und zur Erreichung dieses Endziels sogar nicht vor revolutionären Mitteln, wie dem dort gebilligten Massenstreik, zurückschreckt. Nur aus der als Begleiterscheinung des Wahlkampfs zuweilen auftretenden leidenschaftlichen Verblendung ist es zu erklären, wenn in Preßstimmen und Wahlaufrufen der von uns schon neulich in seiner Nichtigkeit gekennzeichnete Versuch gemacht wurde, die Regierung als jenes Wahlabkommen billigend und gar unterstützend darzustellen. Und nur zur Erklärung jener Wahlvorgänge, nicht zu ihrer Rechtfertigung kann der Hinweis darauf dienen, daß der wochenlang geführte Wahlkampf die Leidenschaften aufs höchste gesteigert habe und namentlich auch der Hinweis auf die von leitenden Persönlichkeiten der Zentrumspartei erfolgten Kundgebungen, worin die Geistlichen aufgefordert werden, mit Einsetzung ihrer kirchlichen Autorität und in Anwendung ihrer geistlichen Amtsgewalt im Zusammenhang mit dem Wahlkampf auf die öffentlichen Angelegenheiten einzuwirken, welche Kundgebungen übrigens, alsbald nach ihrem Bekanntwerden, von der Regierung gegenüber dem den Geistlichen vorgesetzten Kirchenorgan als ebenso unzulässig wie bedauernswert gekennzeichnet worden waren.

Nun der Wahlkampf vorüber ist, tritt den besonnenen Elementen der an jenem Wahlabkommen beteiligten Blockgruppe der Abgrund wieder vor Augen, der sie wie alle bürgerlichen Parteien von der Sozialdemokratie trennt. Die Ziele, die unserem erhabenen Landesherrn und seiner Regierung stets den Weg vorgezeigt haben, sind jedem vaterländisch Gesinnten bekannt; sie sind ein besonnenes Fortschreiten in der Förderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen, der sittlichen und geistigen Interessen, die Fürsorge für den Frieden unter den Religionsgemeinschaften, die Erhaltung und Stärkung des nationalen Gedankens. Und die Fortentwicklung unseres öffentlichen Lebens in der sicheren Richtung dieser Ziele wird nur dann gewährleistet sein, wenn alle Angehörigen der bürgerlichen Parteien bei ihrer Tätigkeit im Landtag sich stets energisch dessen bewußt bleiben, was sie grundsätzlich und dauernd von den auf gewaltsamen Umsturz der Gesellschafts- und Staatsordnung gerichteten Parteibestrebungen scheiden muß und in alle Zukunft scheiden wird.

Zur Fleischversorgung.

* **Berlin,** 1. Nov. Der Reichskanzler empfing, wie bereits mitgeteilt, die Abordnung des Deutschen Städtetages, welche ihre Wünsche in Sachen der Fleischteuerung vorbrachte.

Zunächst ergriff, wie die „Nordd. Allg. Ztg." berichtet, Oberbürgermeister Kirschner-Berlin das Wort. Er führte aus, in den Beratungen des Vorstandes des Deutschen Städtetages sei festgestellt worden, daß in allen Teilen des deutschen Reiches eine erhebliche Steigerung der Fleischpreise eingetreten sei. Es habe sich ferner ergeben, daß ebenso in allen Teilen des Reiches eine tiefgehende Unzufriedenheit darüber Platz gegriffen habe, daß zur Beseitigung oder zur Milderung dieses Notstandes seitens der Regierungen der Bundesstaaten wie des Reichs nichts veranlaßt worden war und daß diese Mißstimmung erhöht und verstärkt worden sei durch die Behandlung, die diese Angelegenheit im preußischen Landwirtschaftsministerium erfahren habe.

Der Reichskanzler entgegenete u. a. folgendes: In der Presse, in Versammlungen und Petitionen werde ihm der Vorwurf gemacht, daß er gegenüber der in vielen Gegenden Deutschlands herrschenden Fleischverteuerung eine zu passive Rolle spiele. Dieser Vorwurf sei ungerecht. Er, der Reichskanzler, verkenne keinen Augenblick, daß eine ungerechtfertigte Verteuerung notwendiger Lebensmittel zu einer schweren Schädigung und zu einer Bedrängnis weiter Volkskreise führen könne. Er verkenne ebenso wenig, daß er als verantwortlicher Leiter der Reichs- und Staatsgeschäfte die Pflicht habe, eine solche Schädigung zu verhindern, oder einzuschränken. Er habe den Herren bereits schriftlich mitgeteilt, welche Zuständigkeit der Reichskanzler gesetzmäßig in dieser Frage habe. Die Verantwortung für einen solchen Eingriff in die Rechtssphäre der Einzelstaaten gegen deren Willen, könne kein Reichskanzler übernehmen. Die Erhaltung unseres deutschen Viehbestandes entspreche den vitalen Interessen unseres Volkes. Er sei zu sehr durchdrungen von der Bedeutung der Landwirtschaft für unser Volkswohl, um Schädigungen von ihr fern zu halten. Das schließe aber keine einseitige Bevorzugung der Landwirtschaft in sich, sondern lasse sich vollkommen vereinigen mit der Wahrnehmung der Interessen aller Erwerbsstände. Seine Zuständigkeit verhindere ihn nicht, in gemeinsame Erwägungen mit den Bundesregierungen darüber zu treten, ob Erleichterungen an den Grenzen eintreten könnten, wenn er die Ueberzeugung gewonnen hätte, daß solche Erleichterungen möglich und zweckmäßig wären. Zu dieser Ueberzeugung fehlten aber vorläufig die Voraussetzungen. Wenn Maßregeln zur Beseitigung von Uebelständen getroffen werden sollten, so müsse man zunächst klar sehen über die Gründe der Uebelstände. Zuzugeben sei eine zum Teil erhebliche Steigerung der Viehpreise, insbesondere bei Schweinen. Es frage sich aber, ob diese Steigerung auf Viehmangel im Inlande oder andere Ursachen zurückzuführen sei. Es frage sich ferner, ob die Preise an den Marktorten im Verhältnisse stehen zu den Stallpreisen wie Großhandelspreise zu Detailpreisen, oder ob ein ungerechtfertigter Aufschlag vom Zwischenhandel erhoben werde. Sollten Fleischmangel und zu hohe Fleischpreise festgestellt werden, so frage sich weiter, ob die Oeffnung der Grenzen ein taugliches Mittel wäre und ob sie sich ohne Gefahr der Seucheneinschleppung durchführen lasse. Er müsse immer wieder darauf hinweisen, daß die Grenzsperrung nicht zu dem Zweck erfolge, der Landwirtschaft höhere Preise zu sichern, sondern um einer schweren Schädigung zu entgehen. Schließlich bedürfe es auch der Feststellung, ob im Auslande genügend Vieh zur Ausfuhr vorhanden sei, und ob die Auslandspreise wesentlich niedriger seien, als die des Inlandes. Die Herren wüßten, daß für Preußen und auch in den anderen Bundesstaaten des Reichs eingehende Erhebungen angeordnet sind, welche Klarheit über alle diese Fragen geben sollen. Inzwischen könnten die städtischen Verwaltungen manches tun, um ihrerseits die Fleischteuerung zu beschränken. Er könne den Herren nur empfehlen, dem Beispiele der Stadt Wien und den Anregungen der preußischen Landwirtschaftskammern zu folgen, ihrerseits in der gegenwärtigen kritischen Lage die Fleischversorgung ihrer Städte in die Hand zu nehmen.

Oberbürgermeister Kirschner hob in seiner Erwiderung hervor, keiner der Anwesenden werde Maßregeln befürworten, durch welche der Bestand des deutschen Viehstandes gefährdet werde. Alle seien überzeugt, daß sich Maßregeln treffen lassen, welche den Notstand beseitigen oder mildern, ohne den deutschen Viehstand zu gefährden. Daß der Zwischenhandel und die Fleischer die Preise ungehörig steigern, könne vielleicht in einzelnen Fällen zutreffen; im großen und ganzen aber sei das nach den wirtschaftlichen Gesetzen ganz ausgeschlossen. Bei der sich hieran anschließenden eingehenden Aussprache ergab sich die Uebereinstimmung der Vertreter der übrigen Städte mit den Ausführungen des Oberbürgermeisters Kirschner.

Oberbürgermeister Schnetzler-Karlsruhe erklärte u. a., in Karlsruhe habe sich der Fleischverbrauch gegenüber dem normalen um über 8 Prozent gemindert, die geminderte Quantität sei zudem über 3 Prozent teurer als früher die normale war, überdies aber das Fleisch in Qualität und Nährwert geringer. Nach den gemachten Erhebungen würde eine Oeffnung besonders der französischen Grenzen für die Schweineeinfuhr den bestehenden Notstand erheblich lindern. Die Beifuhr von Fleisch unter Ausschaltung des Zwischenhandels auf die Gemeinde zu übernehmen, sei in Karlsruhe in Erwägung gezogen. Deren Durchführung bedürfe längerer Zeit, der Notstand aber sei dringend und fordere alsbaldige Abhilfe. Daß der Zwischenhandel die Fleischteuerung verschulde, sei für Karlsruhe nicht nachgewiesen, und ganz sicher festgestellt sei es, daß die Metzger nur mit geringem Nutzen arbeiten und auch ihrerseits unter der Fleischteuerung schwer leiden.

(Telegramm.)

* **Gotha,** 2. Nov. Gestern fand hier eine Konferenz von Vertretern des Staatsministeriums mit den Landräten und Bürgermeistern des Herzogtums statt, um, wie die „Gothaer Zeitung" meldet, zu erörtern, wie ohne Inanspruchnahme der Reichsorgane die Beschaffung von billigem Fleisch möglich sei. Das Ministerium ist bereit, unter gewissen Bedingungen einen Teil der Kosten auf die Staatskasse zu übernehmen. Die Gemeindebehörden hätten zu erwägen, ob sie durch Bezug von Schachtvieh und Fleisch für Rechnung der Gemeinde, durch zeitweisen Verzicht auf gewisse Gebühren auf die Verbilligung hinwirken wollten. Ueber den Erfolg soll berichtet werden und dann über die etwa zu übernehmenden Kosten auf die Staatskasse Beschluß gefaßt werden.

Sozialdemokratisches.

Die angekündigte Darlegung des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der Preßkommission über die Vorwärts-Krisis ist im „Vorwärts" erschienen. Sie ist sehr ergibig ausgefallen, da sie zwei volle Seiten des Blattes in Anspruch nimmt. Die Erklärung konstatiert zunächst daß die Haltung des „Vorwärts" einerseits als Zentralorgan der Partei, anderseits als Lokalorgan der Genossen von Groß-Berlin seit einer längeren Reihe von Jahren Gegenstand lebhafter Erörterungen gewesen sei, sowohl auf Parteitagen, wie in den zunächst interessierenden Kreisen. Außerdem seien sich bei Abstimmungen innerhalb der Redaktion seit langer Zeit in der Regel zwei Strömungen geschlossen gegenüber gestanden, und zwar meist 6 gegen 4 Stimmen, wobei gewöhnlich die Stellung der Mehrheit von der Vertretung der Berliner Genossen und dem Parteivorstand nicht als die ihrige anerkannt worden sei. Durch Wiedergabe von Ausführungen Bebels und des Genossen Wels, als Vertreters von Groß-Berlin, wird sodann zu erhärten gesucht, daß es eine durchaus falsche und irreführende Auffassung sei, welche die sechs Redakteure in ihrer „Auffassung" geben, wonach durch die Beschlüsse der Konferenzen, die am 1. und 8. September d. J. mit dem Parteivorstand, der Preßkommission und der Redaktion vereinbart wurden, man habe

(Mit einer Beilage.)

annehmen müssen, daß nunmehr alles in Ordnung sei und zu weitergehenden Aenderungen keine Veranlassung mehr vorgelegen habe. „Das Gegenteil hiervon", meint die Erklärung, „besagen die namens des Parteivorstandes und der Vertreter von Groß-Berlin am 18. September in Jena gehaltenen Reden, die 10 bzw. 17 Tage nach den Erörterungen in den erwähnten Konferenzen am 1. und 8. September gehalten wurden." Auch die Ansicht, daß das jetzige Vorgehen des Parteivorstandes gegen die „Vorwärts"-Redaktion im Widerspruche stehe zu den Beschlüssen der Fünfzehnerkommission des Jenaer Parteitages, bezeichnet die Erklärung als grundfalsch, ohne indes einen irgendwie genügenden Beweis für diese Auffassung beizubringen. Vielmehr wird dieser wichtige Punkt ganz obenhin behandelt. Die Versicherungen Singers den Redakteuren gegenüber, daß keine Kündigungen im „Vorwärts" bevorstünden, wird sogar nicht einmal erwähnt. Durch die erwähnten Reden von Bebel und Wels sieht die Erklärung den Beweis erbracht, daß man nunmehr von seiten des Parteivorstandes wie der Vertretung von Groß-Berlin fest entschlossen war, von Grund aus Wandel zu schaffen, da es so wie bisher nicht fortgehen könne. Das mag sein, aber die Oeffentlichkeit mußte im Gegenteil nach Annahme der Friedensresolution der Fünfzehnerkommission annehmen, daß nunmehr die Streitart begraben sein solle. Das Schriftstück entrollt ein Zeitbald von den Zuständen in der Sozialdemokratie, das nicht gerade schön ist, trotz der Schönfärberei, die offenbar gegenüber der Handlungsweise der beteiligten Parteiinstanzen beliebt wird. Die Selbstverteidigung des Parteivorstandes ist offenbar in sehr eiligem Verfahren hergestellt worden, wie schon der überaus flüchtige Stil beweist. Offenbar erkannte man Gefahr im Verzuge.

* * *

Die neue Redaktion des „Vorwärts" entwickelt im „Vorwärts" ihr Programm, das ihr ja durch Parteitag und Parteivorstand bereits vorgezeichnet war. Hauptsache soll sein, auf die theoretische Vertiefung in der Partei hinzuarbeiten. In dieser Hinsicht heißt es:

> Den neugeworbenen Anhängern haften meist noch starke Ueberbleibsel ihrer früheren Auffassung an und die Anforderungen, die, sobald sie in unsere Reihen eintreten, an ihre Mitarbeit gestellt werden, nehmen sie derartig in Beschlag, daß ihnen für ihre politische Arbeit an sich selbst, für das Eindringen in die sozialistische Anschauungs- und Begriffswelt wenig Zeit bleibt. Diesem Mangel an theoretischer Vertiefung abzuhelfen, die neugeborenen Anhänger zu guten, sich als Teil des sozialdemokratischen Proletariats fühlenden Klassenkämpfern zu machen, sie die politischen Tagesereignisse vom proletarischen Klassenkampfstandpunkt betrachten und verstehen zu lernen, das soll unsere Hauptaufgabe sein.

Zum „Vorwärts"-Skandal werden übrigens immer neue Einzelheiten bekannt. So weiß die Breslauer „Volkswacht" zu erzählen, daß die Reichstagsabgeordneten Frohme und Elm eine Vermittlung angestrebt haben. Der Versuch ist aber gescheitert. Sie beantragten daraufhin eine sofortige Zusammenberufung der Fraktion. Auch dieser Antrag wurde vom Parteivorstand abgelehnt. — Die „Münchener Post", die in engen Beziehungen zu dem Abgeordneten v. Vollmar steht, schrieb vor einigen Tagen:

> Besser hätte der brutalste Scharfmacher es auch nicht machen können, wie die offenbar mit Blindheit geschlagenen Genossen des Parteivorstandes und der Preßkommission. Wie sollen deutsche Arbeiter noch mit Erfolg gegen das Unternehmertum ankämpfen, wenn der Vorstand der sozialdemokratischen Partei sich skrupelloser benimmt, wie das rücksichtsloseste Scharfmacherlein? So wird wohl überall in der Partei die bange Frage lauten. Glücklicherweise ist der Vorstand nicht die Partei, und diese wird künftig mit aller Macht sich dagegen wehren, daß der Vorstand dem demokratischen Gedanken ins Gesicht schlägt. Weder Absolutismus noch Diktatur haben in der Partei Raum, und wenn der Vorstand solche Gesinnung hegen soll, so wird er bald eines besseren belehrt werden.

* * *

Die Hamburger Sozialdemokratie hat eine Barkasse in Bau gegeben, die Kolportagezwecken im Hamburger Hafen dienen soll, um den Zehntausenden von seemännischen und Hafenarbeitern, die selten an Land kommen, Gelegenheit zu bieten zur Lektüre des „Hamburger Echo" und der sozialdemokratischen Parteiliteratur. Das „Hamburger Echo", so heißt das erste Fahrzeug, das unter sozialdemokratischer Flagge die Fluten durcheilt, ist vor kurzem vom Stapel gelaufen und hat Samstag nachmittag seine Probefahrt durch den Hamburger Hafen nach Wilhelmsburg, Moorburg und zurück zu allseitiger Befriedigung gemacht. An der Fahrt nahmen Vertreter des Geschäfts, der Zeitungs- und Preßkommission, der Parteileitung und die Erbauer des Fahrzeuges teil. Das aus Stahl erbaute Fahrzeug ist 9 Meter lang, hat einen vierpferdigen Daimlermotor u. ist mit einer hübschen Kajüte versehen; in der roten Flagge prangen die weithin leuchtenden Worte: „Hamburger Echo". Ueberall, wohin das schmucke Boot kam, wurde es von den Leuten von der Waterkant freudig begrüßt. Zur Bedienung des „Hamburger Echo", das einen Kostenaufwand von beinahe 8000 M. erforderte, sind zwei Mann erforderlich. „Hoffentlich wird", so bemerkt hierzu der „Vorwärts", „damit der Zweck, den sonst schwer auffindbaren Seeleuten und sonstigen auf dem Wasser beschäftigten Arbeitern das geschriebene Wort zugänglich zu machen, in befriedigendem Maße erreicht werden." Das neue Unternehmen ist wieder nicht nur ein Zeichen der Kapitalkraft und Spekulationslust der „Genossen", sondern es beweist auch, wie systematisch und zielbewußt die Sozialdemokratie die Parteipropaganda betreibt und dabei jedes Hindernis zu beseitigen trachtet.

Die Unionsauflösung.

Wir haben bereits gemeldet, daß Seine Majestät König Oskar an den Ministerpräsidenten Lundeberg ein Schreiben gerichtet hat, in dem er die Minister auffordert, im Amte zu verbleiben, bis sämtliche die Auflösung der Union betreffenden Arbeiten erledigt sind. Das Ministerium Lundeberg wurde am 2. August mit Rücksicht auf die Unionsauflösung gebildet und hatte die Aufgabe, die schwedischen Bedingungen und sonstige mit der Auflösung der Union in Verbindung stehende Angelegenheiten zu regeln. Aus diesem Grunde und da die schwedischen Parteien seit dem Bruche der Union über den hiernach einzuschlagenden Weg ziemlich einig waren, wurde das Ministerium aus Männern aller wesentlichen Parteien des schwedischen Reichstags zusammengesetzt. Nachdem nun Schweden dieser Tage Norwegen als einen aus der Union geschiedenen Staat anerkannt hat, ist die Mission des Koalitionsministeriums Lundeberg zu Ende, denn so sehr in Schweden die Tüchtigkeit, mit der die Regierung in der Unionsfrage wirkt, gewürdigt wird, kann doch kein Zweifel darüber herrschen, daß ein so ungleichartig zusammengesetztes Ministerium nicht im Stande ist, die großen Fragen, die jetzt zur Erledigung stehen, zu lösen. Unter diesen Fragen steht die Stimmrechtssache an erster Stelle, und wahrscheinlich wird das neue Ministerium wesentlich im Hinblick auf diese gebildet werden. Die eigentümlichen Stärkeverhältnisse im Reichstag bringen es jedoch mit sich, daß König Oskar jetzt ebensogut ein liberales wie ein konservatives Ministerium wählen kann. Bei den letzten Wahlen zur Zweiten Kammer ist die liberale Sammlungspartei so gewachsen, daß sie mit wenigen Stimmen Unterstützung von Wilden oder Sozialdemokraten die Mehrheit in der Zweiten Kammer besitzt. Hier hat daher nur das allgemeine und direkte Wahlrecht Aussicht auf Annahme. Dagegen ist die Erste Kammer imstande, eine liberale Wahlreform zu verhindern, ebenso wie das proportionale Wahlsystem, das von der Rechten verlangt wird, in der Zweiten Kammer verworfen werden würde. Bei dieser Lage der Sache wäre es nicht ausgeschlossen, wenn sich die Ministerkrisis in die Länge zieht.

(Telegramme.)

* **Stockholm**, 1. Nov. Unter Kanonensalut und Glockengeläute wurde heute vormittag die reine schwedische Flagge auf dem Schlosse und auf dem Reichsgebäude gehißt.

* **Christiania**, 1. Nov. Auf die an die deutsche Regierung gerichtete Mitteilung, daß Norwegen mit dem Deutschen Reiche in amtliche Verbindung zu treten wünsche, lief von der deutschen Regierung eine entgegenkommende Antwort ein.

* **Christiania**, 2. Nov. Frankreich und Dänemark sprachen die Anerkennung Norwegens aus.

* **Christiania**, 2. Nov. Wie „Morgenbladet" mitteilt, sind alle als norwegische Untertanen geborene Konsuln jetzt als schwedisch-norwegische Konsuln verabschiedet worden. Die schwedische und die norwegische Regierung sind in dem Wunsche einig, sich gegenseitig zu unterstützen, um dem lästigen Interregnum zu entgehen, so daß ihre Konsuln die Geschäfte des anderen Landes zeitweilig mitbesorgen. Die norwegischen Konsuln werden sofort an ihren bisherigen Amtssitzen beglaubigt und erhalten die Ermächtigung, die schwedischen Konsulatsgeschäfte vorläufig wahrzunehmen.

Zur Lage in Rußland.

(Telegramme.)

* **St. Petersburg**, 1. Nov. Der Verband der Verbände, dessen gestrige Sitzung die Polizei schließen sollte, weil sie der Polizei nicht angemeldet war, schickte gegen Mitternacht eine Abordnung zum Grafen Witte, die klipp und klar die Frage wegen der Amnestie stellte. Witte antwortete, die Amnestie sei als wünschenswert anerkannt worden, die Entscheidung über dieselbe hänge aber nicht von ihm ab. Heute vormittag wurde die Universität auf Anordnung der Polizei von den anwesenden Studenten geräumt und geschlossen, wobei zwei Studenten von Kosaken mit blanken Waffen schwer verwundet worden sein sollen.

* **St. Petersburg**, 2. Nov. Heute erscheint ein Regierungskommuniqué, worin die Hoffnung ausgesprochen wird, der ordnungsliebende Teil des russischen Volkes werde die Regierung bei der Einführung der neuen Staatsordnung unterstützen. Dann werde eine sofortige Besserung der Zustände eintreten, andernfalls übernehme die Regierung keine Verantwortung für etwaige schlimme Folgen, und die Ausführung der bevorstehenden Aufgaben werde sich verzögern. — Aus mehreren Provinzstädten, namentlich Rostow a. Don, Kiew, Nowgorod und Cherson, sind heute Depeschen eingegangen, die melden, daß sich bei der Bevölkerung eine wachsende Erbitterung gegen die Juden bemerkbar mache. Man beschuldigt sie, daß sie sich vaterlandsfeindlich verhielten, durch politische Agitationen Ruhestörungen hervorriefen und die revolutionäre Bewegung veranlaßt hätten. Juden gehörige Häuser und Läden in den genannten Städten wurden geplündert und teilweise in Brand gesteckt. Viele Personen wurden getötet bzw. verwundet. Nach einer Meldung aus Kasan vom 31. Oktober herrschen dort schreckliche Zustände. Auf die Polizeibeamten wird geschossen. Auch gegen die Fenster der Häuser werden Schüsse gerichtet, besonders am Abend, sobald die Lampen angezündet sind. Durch eine vor einem Gasthofe explodierende Bombe wurden zwei Studenten verwundet. In Moskau wurde das kaiserliche Manifest in zahlreichen Versammlungen kritisiert. Man ist ausnahmslos der Ansicht, daß es nicht genügende Garantien gebe, und daß es notwendig sei, diese durch eine politische Amnestie und die Schaffung einer Nationalvertretung auf demokratischer Grundlage zu erlangen. Die Redner erblickten einen vollkommenen Sieg erst in der völligen Befriedigung aller politischen Forderungen. Die Liberalen und Konservativen in Moskau veranstalteten Umzüge mit Fahnen unter Absingung von Liedern, wobei es mehrfach zu Zusammenstößen mit einander und auch mit Truppen kam. Eine Anzahl Personen wurden verwundet.

* **St. Petersburg**, 2. Nov. Aus Minsk wird von gestern gemeldet: Eine etwa 10 000 Personen zählende Volksmenge veranstaltete heute eine Kundgebung vor dem Gefängnis und verlangte unter der Drohung, das Gefängnis zu stürmen, die Freilassung der politischen Gefangenen. Als die Menge hierauf vor dem Bahnhof ihre Demonstrationen wiederholten, die Soldaten herausforderten und Revolverschüsse auf sie abfeuerte, wurde sie durch eine Salve auseinander getrieben. Eine Anzahl Personen sind hierbei getötet und verwundet worden. Die Plünderung der Häuser und Läden der Israeliten in den Hauptstraßen von Nischni-Nowgorod geschah infolge einer von den Juden veranstalteten Kundgebung. Wie aus Poltawa unterm 1. November gemeldet wird, haben dort Kosaken eine Anzahl friedlicher Leute angegriffen. Viele Personen wurden schwer verwundet, mehrere getötet. Aus mehreren anderen Städten, namentlich Bialystok, Kiew und Pskow wird gemeldet, daß dort Unruhen durch Truppen blutig unterdrückt wurden.

* **St. Petersburg**, 2. Nov. Aus Rostow am Don wird gemeldet: Die Unruhen werden ernster. Die Plünderungen dauern fort. Die Stadt befindet sich in den Händen des Pöbels. Es wird fortgesetzt geschossen. Die Krankenhäuser füllen sich mit Verwundeten und Toten. Das Betreten der Straßen wird gefährlich. Einige Häuser stehen in Flammen. — Aus Kasan wird gemeldet, daß dort eine aus 100 Arbeitern und Studenten bestehende Miliz gebildet wurde, die mit den der Polizei fortgenommenen Waffen ausgerüstet ist. Während der Nacht durchzogen Milizpatrouillen die Straßen. Die Ruhe ist nicht gestört. — Aus Taschkent wird gemeldet, daß das Militär friedliche Manifestanten durch Waffengewalt zerstreut hat. Viele wurden verwundet.

* **St. Petersburg**, 2. Nov. Der Generalgouverneur von Kiew ist seines Postens enthoben worden unter Belassung in der Stellung als Generaladjutant. Sein Nachfolger ist der Kommandierende des Kiewschen Militärbezirks, General Suchomlinow, der daneben seinen bisherigen Posten beibehält.

* **St. Petersburg**, 2. Nov. Aus einer Reihe von Provinzstädten wird gemeldet, daß die Präventivzensur für die Zeitungen gestern aufgehoben wurde.

* **St. Petersburg**, 2. Nov. Durch einen kaiserlichen Ukas von gestern wird der Ministerrat reorganisiert. Die hohen Beamten aller Verwaltungszweige, mit Ausnahme der des Hofes, des Heeres, der Flotte und der Diplomatie, können nicht ohne vorherige Genehmigung des Ministerrats ernannt werden. Alle Gesetzentwürfe müssen zuvor durch den Ministerrat gehen.

* **St. Petersburg**, 2. Nov. Das Streikkomitee beschloß, morgen mittag 12 Uhr den Streik zu beendigen.

* **Paris**, 2. Nov. „Eclair" meldet aus St. Petersburg, daß zuverlässigen Mitteilungen zufolge, binnen 48 Stunden eine vollständige politische Amnestie erfolgen werde. — In Odessa habe ein furchtbarer Straßenkampf zwischen dem Pöbel und Studenten und Juden stattgefunden. Die Truppen schritten ein. Man spricht von tausend Toten und mehreren tausend Verwundeten.

* **St. Petersburg**, 1. Nov. Das Kronstadter Blatt „Kotlin" dementiert auf Grund einer bei dem Marinestab eingezogenen genauen Erkundigung das Gerücht, daß das Panzerschiff „Knjäs Potemkin" der Schwarzen Meerflotte in die Luft gesprengt wurde. Von dem Marinestab wurde gleichzeitig mitgeteilt, daß das Geschwader des Schwarzen Meeres bei der bereits gemeldeten Ankunft in Samsun am 27. Oktober und bei der am 27. Oktober, abends, erfolgten Weiterfahrt nach Trapezunt in vollem Bestande war.

* **Moskau**, 2. Nov. Die Rechtsanwälte beschlossen in einer Versammlung, die Verhaftung Trepows und die gerichtliche Verfolgung des Metropoliten zu fordern, sowie die Stadtduma um die Bildung einer Miliz anzugehen. Heute wurde auf mehreren Bahnlinien der Verkehr eröffnet.

* **Warschau**, 2. Nov. Die Stadt war gestern den ganzen Tag sehr belebt. Unter dem Einfluß der Sozialdemokratie veranstalteten die Massen zahlreiche Kundgebungen für die Amnestie und das allgemeine Wahlrecht. Auf den Straßen und Plätzen wurden Reden gehalten; zahlreiche, aber unbedeutende Zusammenstöße mit dem Militär erfolgten. Abends 6 Uhr wurde der Kriegszustand aufgehoben und politische Amnestie zugesagt. Das Militär wurde von den Straßen zurückgezogen. (Die Mitteilung, der Kriegszustand sei aufgehoben, ist dahin einzuschränken, daß er nur den heutigen Kundgebungen gegenüber außer Anwendung gesetzt wurde.)

* **Warschau**, 2. Nov. Gestern vormittag fanden Volksversammlungen statt, die anfangs von der Polizei unterdrückt wurden. Sieben Personen wurden getötet und mehrere verwundet. Am Nachmittag wurden die Patrouillen zurückgezogen unter großem Jubel der Bevölkerung, die sich mit dem Militär brüderlich vereinigte. Abends wurde die Stadt illuminiert. Das Volk erbat die Freilassung der politischen Gefangenen; 400 wurden freigelassen. Die Menge verlangte die Freilassung aller, hierauf drangen die Kosaken auf das Volk ein; 26 Personen wurden getötet und 23 schwer, mehrere leicht verwundet. Infolgedessen herrscht große Erbitterung.

* **Warschau**, 2. Nov. Heute fanden abermals Kundgebungen statt, die einen national-polnischen Charakter trugen. Bis 1 Uhr nachmittags erfolgte keine Einmischung der Polizei und des Militärs.

* **Odessa**, 1. Nov. Etwa 50 verkleidete Polizeibeamte begaben sich gestern nachmittag in Begleitung einer Rotte bestochener Leute nach dem Vorort Moldawanka und plünderten in der Dalnitzkajastraße mehrere jüdische Läden. Als auf die Hilferufe der Krämer eine größere Anzahl Arbeiter herbeieilte, erschienen Kosaken und feuerten mehrmals auf die Menge. Der Bevölkerung der Stadt bemächtigt sich infolge des Vorfalls eine außerordentliche Furcht vor der Polizei und den Kosaken, von denen sie weitere Uebergriffe erwartet. — Etwa 900 Studenten hielten eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, sich sofort zu bewaffnen. Die eine Hälfte wurde nach der Dalnitzkajastraße abkommandiert, die andere stellte sich als Notwachen an den Straßenecken auf. Die Unruhen dauerten bis in die späten Abendstunden fort, besonders in der Dalnitzkajastraße, wo vier Personen getötet und 92 schwer verwundet wurden. Zwischen den Studenten einerseits und den Kosaken und der Polizei andrerseits kam es zu förmlichen Kämpfen. Man befürchtet, daß die Unruhen hier immer noch weiter um sich greifen.

* **Kasan**, 2. Nov. Hier herrscht furchtbare Plünderung und Blutvergießen. Militär und Polizei schoß planlos auf die Menge; viele wurden verwundet. Läden wurden durch Militär geplündert, wobei die Polizei nicht eingriff. Es wird eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet. Kosaken und Truppen wurden aus der Stadt entfernt. Der Stadtrat setzte eine Miliz ein.

Der Generalstreik in Finnland.

* **Lübeck**, 1. Nov. Die hiesige Finnlandreederei Klingstroem empfing aus Kotka ein Telegramm, wonach mittags 12 Uhr der politische Generalstreik für Finnland proklamiert worden ist. Der Verkehr von Post, Zeitungen, Telephon und Binnenlandtelegraph ist stillgelegt. Der Auslandstelegraph wird von den Ausständigen vorläufig noch geduldet.

* **Helsingfors,** 2. Nov. Der Senat richtete an Seine Majestät den Kaiser eine Eingabe, worin die Wiederherstellung der gesetzlichen Verhältnisse, Aufhebung der Diktatur und Beseitigung der durch Einstellung untüchtiger Beamter entstandenen Mißstände, Aufhebung der Zensur bis zum Zustandekommen eines Gesetzes über Preßfreiheit und verfassungsmäßige Aenderung des Wehrpflichtgesetzes gefordert wird, da sonst die Ruhe im Lande nicht aufrecht erhalten werden kann. Ferner teilte der Senat mit, daß er nicht länger das Vertrauen des finnischen Volkes besäße und reichte seine Demission ein. Die Eingabe wurde von allen Senatoren, mit Ausnahme eines sich gegenwärtig in St. Petersburg befindenden, unterzeichnet.

* **Helsingfors,** 2. Nov. Der Generalgouverneur ist von einer Deputation aufgefordert worden, sein Amt niederzulegen. Er antwortete, er könne dies als Soldat nicht ohne Genehmigung des Monarchen tun, verpflichtete sich aber, bei Seiner Majestät dem Kaiser sofort sein Entlassungsgesuch einzureichen. In allen Städten Finnlands sind zur Aufrechterhaltung der Ordnung Bürgergarden organisiert worden. Die Stimmung des Volkes ist sehr gehoben. Das Streikkomitee für Tornea reiste gestern mittels Sonderzugs nach Helsingfors, wo sich die Streikkomitees von allen Städten des Landes versammeln.

* **Haparanda,** 1. Nov. Auf zahlreich besuchten Versammlungen in Komi und Tornea in Finnland wurde gestern abend beschlossen, die Gendarmen innerhalb drei Tagen zu entwaffnen und sie zu zwingen, die Orte zu verlassen. Sollten sich die Gendarmen weigern, will die Bevölkerung nicht für die Folgen einstehen.

* **Tornea,** 2. Nov. Gestern mittag fand sich bei dem Gendarmeriechef, Grafen Kamenski, eine aus 40 Personen bestehende Abordnung ein, welche ihn zur Auslieferung der Waffen der Gendarmen aufforderte. Nach kurzer Verhandlung erklärte er sich seinerseits einverstanden, worauf alle Waffen der Gendarmerie der Abordnung übergeben wurden. Die Gendarmerie erhielt außerdem den Befehl, die Stadt auf drei Tage zu verlassen. Auf dieselbe Weise wurde mit der Gendarmerie in Kemi verfahren. Die Zahl der Gendarmen in Tornea beträgt 7, in Kemi 6. Heute abend finden in Tornea Versammlungen statt.

* **Stockholm,** 2. Nov. „Svenska Dagbladet" teilt mit, laut Telegramm der hiesigen Reeder ist die Verbindung mit Finnland infolge des Generalstreiks gestern abgebrochen worden.

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 2. November.

Zur gestrigen Frühstückstafel der Großherzoglichen Herrschaften in Schloß Baden erschienen Seine Hoheit der Erbprinz und Ihre Königliche Hoheit die Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen.

Um 7 Uhr empfing Seine Königliche Hoheit der Großherzog im Beisein des Präsidenten des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten Geheimerats Freiherrn von Marschall den Herzoglich Sachsen-Coburg-Gothaischen Kammerherrn Freiherrn von Seebach, der den Regierungsantritt Seiner Königlichen Hoheit des Herzogs Karl Eduard notifizierte. Darnach wurde Freiherr von Seebach von Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin empfangen. An dem hierauf folgenden Diner nahmen auch teil Ihre Durchlaucht Prinzessin Amélie zu Fürstenberg; der Königlich Preußische Gesandte von Eisendecher und Gemahlin, sowie Geheimerat Freiherr von Marschall.

** Auf Grund der in der Zeit vom 19. bis 27. d. M. stattgehabten Prüfung sind unter die **Gewerbeschulkandidaten** aufgenommen worden:

Beck, Karl, von Maximiliansau,
Egetmeyer, Hugo, von Bretten,
Rebel, Karl, von Karlsruhe,
Spahn, Eugen, von Gaugrehweiler,
Vetter, Hermann, von Philippsburg,
Völker, Friedrich, von Weingarten.

£ (**Kaufmännischer Verein Karlsruhe.**) Der gestrige Vortragsabend war gleichsam ein auch durch persönliche Momente besonders fesselnd gestimmter Nachklang zu den vielen mit schöner Begeisterung begangenen Gedächtnisfeiern, die uns die erste Hälfte des Schillerjahres gebracht hat. Alexander Freiherr von Gleichen-Rußwurm, Schriftsteller in München, der Urenkel unseres großen Nationaldichters, der Großsohn der jüngsten Tochter Schillers, Emilie, die, wie es heißt, dem Vater von den Geschwistern geistig und körperlich am ähnlichsten war. Mit lebhaftem Interesse wurde der Redner begrüßt, der in wohlgefügtem, von begeisterungsfreudigem Idealismus erfülltem Vortrage über „Schiller und die Frauen" sprach. Klar und objektiv ließ er seines großen Ahnen Leben und Wirken an uns vorbeiziehen, in dem nach der dichterischen Sturm- und Drangperiode der Einfluß edler Frauen mildernd, anregend und fördernd so hervorragend zur Geltung kam. Das Thema ist auch in den Schillertagen eingehend behandelt worden, und wir wollen hier nicht auf Einzelheiten eingehen. Freiherr von Rußwurm vermied es vollständig, die verwandtschaftliche Beziehung zu berühren, aber aus dem warmen Ton seiner Ausführungen klang deutlich die innere persönliche Anteilnahme hervor, die ihn mit all den geschilderten Menschen und Ereignissen verband. Das wirkte auch auf die Hörer, die sichtlich gefesselt dem Vortrage folgten, und zum Schluß dem Enkel Schillers durch vielen herzlichen Beifall dankten.

Kochkistenausstellung.

* **Karlsruhe,** 2. November.

Der Badische Frauenverein veranstaltet am Samstag den 4., Sonntag den 5. und Montag den 6. November im oberen Saale des Landesgewerbeamtes eine unentgeltliche Ausstellung von Selbstkochern (Kochkisten); die Ausstellung ist täglich von 10 bis 12 und von 2 bis 4 Uhr geöffnet. Zur Erläuterung und Auskunftserteilung sind jederzeit Damen anwesend. Außerdem werden an jedem Tage zur Erklärung der Wirkungsweise der Selbstkocher vormittags in dieselben Speisen eingesetzt, welche nachmittags 3 Uhr dem Selbstkocher gar gekocht entnommen werden.

Es dürfte angebracht sein, einige Worte über den Zweck, die Herstellung und Verwendung der Selbstkocher vorauszuschicken.

Die Wirkung der Selbstkoster beruht einzig und allein auf dem Prinzip der schlechten Wärmeleitung mancher Körper. Die gut durchhitzten Speisen werden in der Kochkiste mit Stoffen, welche die Wärme zusammenhalten, sog. schlechten Wärmeleitern umgeben und dadurch heiß erhalten. Durch die zusammengehaltene Hitze erweichen die Nahrungsmittel und werden gar. Wie günstig diese Art des Garkochens ist, geht aus den Ausführungen des berühmten Chemikers Justus von Liebig in seinen chemischen Briefen über die vorteilhafte Art zu kochen und zu braten hervor. Liebig sagt: „Wird das zur Speise bestimmte Fleischstück in einen Topf getan, sobald das darin befindliche Wasser sich im starken Aufwallen befindet, das Sieden einige Minuten unterhalten und der Topf alsdann an einen warmen Ort gestellt, so daß die Temperatur des Wassers sich auf 70 bis 74 Grad Celsius erhält, so sind die Bedingungen erfüllt, um dem Fleischstück die zum Genusse geeignete Beschaffenheit zu erteilen. Das Fleisch bleibt saftig und so schmackhaft, als es überhaupt werden kann, der größte Teil der schmeckenden Bestandteile bleibt im Fleisch." Nach Liebig braucht somit das Fleisch, um gar zu werden, nicht längere Zeit auf einer Siedetemperatur von 100 Grad Celsius gehalten zu werden, sondern es genügt eine Temperatur von 70 bis 74 Grad. Ein leistungsfähiger Selbstkocher darf also die Temperatur der Speisen während der Zubereitungszeit nicht unter 70 Grad sinken lassen.

Die Herstellung der Kochkiste ist billig und einfach. Jedermann kann sich eine solche Kiste selbst einrichten; es eignet sich hierzu jeder gut schließende Behälter, z. B. jede gewöhnliche Kiste, die aus starken Brettern besteht und keine Ritzen und einen gut schließenden Deckel besitzt. Zur Füllung dienen als schlechte Wärmeleiter Holzwolle, Heu, Stroh, Asbest, Kork usw. Als Kochtöpfe können alle gewöhnlichen Töpfe, und zwar emaillierte, eiserne und irdene, benützt werden. Am geeignetsten sind wohl die Emailtöpfe. Auch der Gebrauch der Kochkiste ist einfach. Die Speisen werden in den in die Kochkiste passenden Töpfen angekocht und alsdann noch eine kurze Zeit gut durchgekocht. Dies Verkochen bezweckt eine völlige Durchhitzung der Speisen, weshalb flüssige oder lockere Speisen, z. B. Suppen, Reis u. dgl., kürzere (5 bis 10 Minuten), und feste, dicht aufeinander liegende Nahrungsmittel, wie Sauerkraut, Linsen, Gelbrüben, eine halbe Stunde Vorkochzeit nötig haben. Zu beachten ist, daß man ungefähr 10 Minuten vor dem Einsetzen der Gefäße in die Kiste den Deckel nicht mehr abnehmen soll, damit der Dampf zusammengehalten wird. Je gefüllter der Topf und je größer die Masse ist, umso besser hält die Hitze an. Das Vorkochen kann während des Frühstückskochens oder auch schon am Abend vorgenommen werden. Letzteres empfiehlt sich, wenn der Mann früh morgens ins Geschäft muß und das Essen mitnehmen will. Die vorgekochten Speisen setzt man in die Kochkiste, bedeckt sie mit dem Kissen und dem gut schließenden Deckel und läßt sie in der Kiste durch die zusammengehaltene Wärme vollends gar werden. Die Speisen können nach 4, 6, ja sogar noch nach 8 Stunden dampfend der Kochkiste entnommen werden. Daraus ergibt sich der Vorzug, daß man auch Speisen mit verschiedener Kochzeit gleichzeitig darin zubereiten kann. Die Kochkiste darf selbstverständlich vor dem Herausnehmen der Speisen nicht geöffnet werden. Andernfalls bedürfen die Speisen eines nochmaligen Aufkochens.

Die Vorteile der Kochkiste sind außerordentliche. Durch die Benützung der Kochkiste ist die ihrem Erwerbe außerhalb des Hauses nachgehende, sowie die in einem kinderreichen Hause vielbeschäftigte Hausfrau, sofern sie überhaupt kochen kann, imstande, ihrer Familie zu rechter Zeit ein warmes, wohlschmeckendes Mittagessen auf den Tisch setzen zu können. Die Opfer, die sie für die Erreichung dieses für die Gesundheit und Leistungsfähigkeit ihrer Angehörigen so bedeutungsvollen Zieles zu bringen hat, sind nicht groß. Sie muß nur das Essen mit Sorgfalt verkochen, und das etwa ¼ bis ¾ Stunden gut durchgekochte Essen richtig in die Kochkiste einstellen. Dann wird sie nach 4, 6, ja 8 bis 10 Stunden der Kiste das Essen heiß, weichgekocht und saftig, so daß es sofort zu Tisch zu bringen ist, entnehmen können.

Diese Vorteile haben denn auch den Selbstkochern schon heute in weiten Kreisen Eingang verschafft. Sie sind ein bleibender Bestandteil vieler Haushaltungen geworden, der ebenso wegen der Ersparnisse an Zeit und Brennmaterial, wie wegen seines günstigen Einflusses auf die Schmackhaftigkeit der Speisen geschätzt wird.

Unseren Ausführungen über Zweck und Verwendung der Selbstkocher möchten wir nun noch einige kurze Bemerkungen über die Ausstellung selbst beifügen. Die Ausstellung ist reichhaltig beschickt. Neben transportablen und nichttransportablen Selbstkochern sind Speisen und Milchwarmhalter, Töpfe für Garkocher und einiges andere in der Ausstellung vertreten. Die Verschiedenartigkeit in den zur Wärmeaufspeicherung verwendeten Materialien, in der gesamten Anordnung der Selbstkocher, in der Form der Kochgeschirre mit ihren Verschlüssen, in den Gewichten und Preisen, bietet reiche Gelegenheit, Beobachtungen und Untersuchungen anzustellen, und manches Neue, Empfehlenswerte kennen zu lernen. Sehr interessant ist das Ergebnis der Prüfung der Leistungsfähigkeit der Ausstellungsgegenstände.

Die Ausstellung ist vom 4. bis 6. November, täglich von 10 bis 12 Uhr vormittags und 2 bis 4 Uhr nachmittags unentgeltlich geöffnet. Möge sie lebhaften Zuspruch finden und der weiteren Verbreitung der so nützlichen Einrichtung der Selbstkocher förderlich sein.

** **Landwirtschaftliche Besprechungen und Versammlungen.**

Landw. Besprechungen: Am Sonntag den 5. November in Löffingen, Schönau i. W., Prinzbach, Bühl, Forst, Tiefenbronn, Kirchheim, Adelsheim und Lauda.

Generalversammlung der Molkerei Schwarzach am Samstag den 11 November in Schwarzach.

Generalversammlung des Getreidelagerhauses Boxberg am Sonntag den 12. November in Boxberg.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* **Berlin,** 2. Nov. Gestern nachmittag traf auf dem Anhalter Bahnhof Seine Majestät der König von Griechenland mit Gefolge ein. Seine Majestät der Kaiser begrüßte den König, der die Uniform eines deutschen Admirals angelegt hatte, auf das herzlichste mit Umarmung und Küssen. Nach Vorstellung der Anwesenden und dem Vorbeimarsch der Ehrenkompanie begaben sich die Majestäten in offenem Zweispänner unter den Hochrufen des Publikums zum Potsdamer Bahnhof, von wo sie sich mittels Sonderzugs nach Wildpark begaben.

* Wildpark, 2. Nov. Der Kaiser und der König von Griechenland trafen gestern um 5 Uhr 45 Min. auf der Wildparkstation ein. Die Majestäten begaben sich unter den Hurrarufen des zahlreichen Publikums nach dem Neuen Palais. Zu Ehren Seiner Majestät des Königs fand abends ein Diner statt.

* **Berlin,** 2. Nov. Der „Deutschen Tageszeitung" zufolge wird im neuen Etat die Einrichtung eines vollständig unabhängigen Kolonialamtes vorgeschlagen, an dessen Spitze ein Staatssekretär steht.

* **Berlin,** 2. Nov. Wie zuverlässig verlautet, wird das Deplacement der durch den Marineetat für 1906 zu fordernden Linienschiffe und Panzerkreuzer so groß und die Armierung so stark sein, daß diese Schiffe den neuen Konstruktionen anderer Staaten gleichkommen.

* **Prag,** 2. Nov. Gestern abend fand auf dem Graben eine sozialistische Kundgebung zugunsten des allgemeinen Wahlrechts statt, an der sich mehr als 2000 Personen beteiligten. Ein Teil der Demonstranten zog vor das deutsche Kasino und stieß Schmährufe gegen die deutschen Abgeordneten aus und warf die Fenster ein. Polizei zerstreute die Menge; zwei Personen wurden verhaftet.

* **Paris,** 2. Nov. Präsident Loubet ist gestern wieder hier eingetroffen.

* **Konstantinopel,** 2. Nov. Mit der Note, in der die drei kretensischen Chefs, Velisedos, Manos und Funis, den Generalkonsuln der vier kretischen Schutzmächte anzeigen, daß sie bereit sind, die Waffen niederzulegen, betrachtet man die Insurrektion allgemein als beendet. Ueber die von den Insurgenten verlangte Amnestie wird beraten; die Amnestie dürfte gewährt werden.

* **Washington,** 2. Nov. Der französische Botschafter, Jusserand, erklärte in einer Unterredung mit dem Präsidenten Roosevelt wegen der venezolanischen Krisis: Frankreich sei nicht völlig befriedigt von dem unvollkommenen Erfolg der Bemühungen, Castro zur Zurückziehung seiner Note an den Geschäftsträger Taigny zu bewegen, die gleichbedeutend mit einer Aufforderung zu einer Abreise war. Die Lage ist jetzt die, daß Frankreich den Befehl aufrecht erhalte, zur Versammlung eines Geschwaders, das sich vor Martinique in Bereitschaft halten soll, für den Fall, daß Venezuela den französischen Forderungen nicht in angemessener Weise nachkomme.

* **Mombassa,** 1. Nov. Das britische Mitglied für die Grenzabsteckung zwischen Deutsch- und Britisch-Ostafrika, Oberst Smitt, ist hier eingetroffen, nachdem er 20 Monate im Innern geweilt hatte. Die Kommission hat ihre Arbeiten zwischen dem Viktoria-Nyandsa- und dem Südende des Dschipesees auf dem Wege über den Kilimandscharo zu Ende geführt.

* **Anapolis,** 2. Nov. Das vom Prinzen Ludwig von Battenberg befehligte britische Kreuzergeschwader ist gestern hier eingetroffen und von acht amerikanischen Schlachtschiffen begrüßt worden. Zu Ehren des Geschwaders werden eine Reihe von Festlichkeiten veranstaltet.

* **Hongkong,** 2. Nov. Wie dem Reuterschen Bureau aus Kanton gemeldet wird, sollen fünf amerikanische Missionare, zwei Männer, zwei Frauen und ein Kind am 28. Oktober von Chinesen in Lienschang getötet worden sein.

* **Peking,** 2. Nov. Der englische Gesandte wurde angewiesen, über die Zurückziehung der fremden Truppen sich mit seinen Kollegen und den Truppenführern zu beraten.

Verschiedenes.

† **Kiel,** 2. Nov. Bei der Stadtverordnetenwahl siegten nach scharfem Wahlkampfe sämtliche bürgerlichen Kandidaten über die Sozialdemokraten.

† **Genua,** 2. Nov. Gestern abend stieß die Schaluppe des Kreuzers „Garibaldi" mit dem Dampfer „Maria Theresia" zusammen. Die Schaluppe sank. Drei Offiziere sind tot, mehrere andere verwundet.

† **New-York,** 2. Nov. Der Einwanderungskommissar hat angeordnet, daß an Stelle der bisherigen oberflächlichen ärztlichen Untersuchung der eintreffenden Passagiere der ersten und zweiten Kajüte eine ebenso gründliche Untersuchung treten solle, wie sie bisher bei den Zwischendeckpassagieren ausgeübt worden sei.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater Karlsruhe.

Freitag, 3. Nov. Abt. A. 17. Ab.-Vorst. **„Der Troubadour",** Oper in 4 Akten von Verdi. — Zum erstenmal: **„Frühlingszauber",** Ballet von Prinz Joachim Albrecht von Preußen. Anfang 7 Uhr, Ende nach halb 10 Uhr.

Samstag, 4. Nov. Abt. C. 16. Ab.-Vorst. **„Julius Cäsar",** Trauerspiel in 5 Akten von Shakespeare, übersetzt von Schlegel. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydr.
vom 2. November 1905.

Eine ziemlich tiefe Depression liegt noch wie gestern über den britischen Inseln, von da aus einen zungenförmigen Ausläufer in das Binnenland herein entsendend. Nachdem gestern Aufklaren und Erwärmung eingetreten war, herrscht heute wieder trübes und vielfach regnerisches Wetter. Bewölktes und mildes Wetter mit Niederschlägen ist zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden
vom 2. November, früh.

Lugano Regen 5 Grad; Biarritz halbbedeckt 10 Grad; Nizza heiter 6 Grad; Triest Regen 13 Grad; Florenz heiter 10 Grad; Rom heiter 15 Grad; Cagliari halbbedeckt 14 Grad; Brindisi wolkenlos 13 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Oktober	Barom. mm	Therm. in C.	Absol. Feucht. in mm	Feuchtigkeit in Proz	Wind	Himmel
31. Nachts 9[36] U.	742.7	9.9	6.8	74	Still	bedeckt
November						
1. Mrgs. 7[36] U.	742.3	5.1	5.9	90	NE	heiter
1. Mittgs. 2[36] U.	740.2	13.9	6.7	57	"	"
1. Nachts 9[36] U.	739.0	7.9	6.2	78	"	"
2. Mrgs. 7[36] U.	738.0	4.9	5.8	90	"	bedeckt [1]
2. Mittgs. 2[36] U.	739.9	7.3	7.2	94	SW	" [2]

[1] Nebel. [2] Regen.

Höchste Temperatur am 31. Oktober: 13.4; niedrigste in der darauffolgenden Nacht 4.5.
Niederschlagsmenge des 31. Oktober: 0.0 mm.

Höchste Temperatur am 1. November: 14.5; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 3.5.
Niederschlagsmenge des 1. November: 0.0 mm

Wasserstand des Rheins. Maxau, 1. November: 4.04 m, gefallen 1 cm — 2. November: 4.01 m, gefallen 3 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Katz in Karlsruhe.
Druck und Verlag:
G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Himmelheber & Vier, grösstes Spezial-Wäsche-Ausstattungsgeschäft, liefern komplette Braut- u. Baby-Ausstattungen
Karlsruhe, Kaiserstrasse 171, eigene Wäschefabrik mit Wasch- und Bügelanstalt, in jeder Preislage.

Alle Stände eines verehrlichen Publikums
finden
Flügel, Pianinos, Harmoniums
sowie den besten der Kunstklavierspielapparate
die Phonola
in dem Pianomagazin
des Grossh. Hoflieferanten
H. MAURER
Friedrichsplatz 5 Karlsruhe Friedrichsplatz 5

Der Besuch desselben, um welchen höflichst gebeten wird, gibt Gelegenheit, die grossartige Auswahl der verschiedenartigsten hervorragenden Marken, die gediegensten Fabrikate in mittlerer, die solidesten Pianos in billigster Preislage kennen zu lernen. Man sieht daselbst Klaviere in allen Holz- und Stilarten, Flügel vom kleinsten Mignon — bis zum grössten Konzertflügel. Durch den Vergleich ist man in besonderem Grade befähigt, sich ein Urteil zu bilden und das für den eigenen Bedarf Geeignetste auszusuchen, was um so leichter fällt als die bekannt billigen Preise, die hohen Rabattsätze bei Bar-, die günstigen Bedingungen bei Ratenzahlung, die Wahrnehmung jedes erdenklichen Vorteils gewährleistet und eine zweite günstigere Bezugsquelle ausschliesst. Preiscourant auf Wunsch.

PERSER-TEPPICHE!
Carl Kaufmann
Karlsruhe, Amalienstrasse 30
— (im Hause der Hirschapotheke) —
Einziges Spezialgeschäft in orientalischen Teppichen
am hiesigen Platze
Auswahlsendungen nach auswärts franko
Telephon 1539 Telephon 1539

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe.

Das Invalidenversicherungsgesetz mit den Vollzugs- und Ausführungsbestimmungen für das Grossherzogtum Baden nebst Zusätzen und Verweisungen von **Emil Muser,** Oberrechnungsrat. Preis geb. M. 4.40.
„Badische Rechtspraxis:"
„Der langjährige Sekretär des badischen Landesversicherungsamtes war als Verfasser zur Lösung dieser Aufgaben besonders berufen und hat sich durch die Herausgabe der ebenso geschickt bearbeiteten als handlichen Zusammenstellung ein entschiedenes Verdienst erworben. Der Gesetzestext ist mit zahlreichen Anmerkungen versehen, welche auf die Ergänzungsbestimmungen hinweisen . . . . Das schön ausgestattete Buch wird den Verwaltungs- und Gemeindebehörden ein unentbehrliches Hilfsmittel bei Anwendung des neuen Gesetzes werden."

Einziehung der Invalidenversicherungsbeiträge Anleitung über das Verfahren bei derselben. Mit Erläuterungen von **Emil Muser,** Oberrechnungsrat. Preis kart. M. 1.60.
„Der Bürgermeister:"
Diese sachgemässe Bearbeitung enthält eine Wiedergabe der bezüglichen Vorschriften über Beitragseinziehung, Kassenbuchführung, über das Einkleben, Entwerten und Vernichten der Marken usw. Durchgehends sind Erläuterungen und Anmerkungen beigefügt und einschlägige sonstige Vorschriften an massgebender Stelle wiedergegeben, so dass sich das Werkchen gerade für die **Verwendung in der Praxis** besonders bewähren wird.

Krankenversicherungsgesetz und Hilfskassengesetz mit den Vollzugs- und Ausführungsbestimmungen für das Grossherzogtum Baden nebst Zusätzen und Verweisungen von **Emil Muser,** Oberrechnungsrat. Preis geb. Mk. 5.80.
„Zeitschrift f. bad. Verwaltung:"
„Die in der gleich guten Ausstattung, wie die Muserschen Ausgaben der Unfallversicherungsgesetze erschienenen Ausgabe des Kranken- und Hilfskassengesetzes enthält nicht nur die Gesetze, sondern auch die zum Vollzug derselben ergangenen reichs- und landesgesetzlichen Vorschriften in ihrer neuesten Fassung usw. . . . . so wird der Wert der Muserschen Ausgabe dadurch noch wesentlich erhöht, dass überall Verweisungen auf andere Vorschriften . . . . . beigefügt wurden. Die Ausgabe ist dadurch zu einem für die praktische Handhabung des Gesetzes nützlichen und ausreichenden Kommentar geworden.

Bau-Unfallversicherungsgesetz vom 30. Juni 1900 mit den Vollzugs- und Ausführungsbestimmungen für das Grossherzogtum Baden von **Emil Muser,** Oberrechnungsrat. Preis geb. M. 6.90.
„Der Bürgermeister":
Diese Ausgabe hat die gleichen Vorzüge, wie die vom Herausgeber erfolgten Bearbeitungen des Invaliden- und des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes. Es wird gerade diese für die badische Praxis besonders geeignete und empfehlenswerte Bearbeitung bei der Handhabung und Anwendung des Gesetzes die besten Dienste leisten.

Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz vom 30. Juni 1900 mit den Vollzugs- und Ausführungsbestimmungen für das Grossherzogtum Baden, von **Emil Muser,** Oberrechnungsrat. Preis geb. Mk. 5.—.
„Badische Rechtspraxis":
Das sehr gut ausgestattete Buch wird für jeden, der sich mit dem Gebiete der Gewerbe- und Unfallversicherung zu beschäftigen veranlasst ist, ein zuverlässiger und bald unentbehrlicher Berater sein.

Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirtschaft mit den badischen Vollzugs- und Ausführungsbestimmungen, von **Emil Muser,** Oberrechnungsrat. Preis geb. M. 6.40.
Die „Landwirtschaftliche Beamten-Zeitung":
Dem Verfasser des umfangreichen Werkes sind alle diejenigen zu Dank verpflichtet, welche in der Land- und Forstwirtschaft tätig sind. — Aber auch die Arbeitgeber mögen es studieren, damit sie sich früh genug vor Schaden hüten können. Vorbeugen ist besser, wie heilen.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

Solide, eingeführte
Versicherungs-Gesellschaft
(**Unfall-, Haftpflicht-, Einbruchdiebstahl- und Wasserleitungsschäden-Versicherung**) sucht für das
Grossherzogtum Baden
eingeführten
General-Agenten
gegen hohe Provision und Reisekosten, sowie Ueberweisung des bestehenden Inkassos. Es wird nur auf eine Persönlichkeit reflektiert, welche in der Lage und willens ist, selbst energisch den weiteren Ausbau der Organisation in die Hand zu nehmen. B.854
Gefl. Offerten unter J. F. 7469 an **Rudolf Mosse, Berlin SW.**

Neue Kranzfeigen
Neue Mandeln
Neue Linsen
empfiehlt
Otto Fischer
Fidelitas-Drogerie
Karlstrasse 74
vis-à-vis der Brauerei Schrempp.
Telephon 37 —— Telephon 37
Mitglied des Rabatt-Sparvereins.

Bürgerliche Rechtsstreite.

Oeffentliche Zustellung einer Klage.
B.895.2.1. Nr. 19 565. **Karlsruhe.** Die Taglöhner Wilhelm **Raupp** Ehefrau, Auguste geb. Widmann, zu Karlsruhe, Waldhornstraße 40, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt M. **Oppenheimer** allda, klagt gegen ihren genannten Ehemann, zurzeit unbekannt wo, früher zu Karlsruhe, Durlacherstraße 64, auf Grund der Vorschriften des § 1568 B.G.B., mit dem Antrage auf Scheidung der am 10. Februar 1881 in Durlach geschlossenen Ehe der Streitteile aus Verschulden des Beklagten.
Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 1. Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Karlsruhe auf
Dienstag den 9. Januar 1906, vormittags 9 Uhr,
mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Karlsruhe, den 28. Oktober 1905.
Hartmann,
Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts.

Oeffentliche Zustellung einer Klage.
B.896. Nr. 19 691.2.1. **Karlsruhe.** I. Der Landwirt Rudolf **Schmitt** von Huttenheim — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. **Trenkle** in Bruchsal — klagt gegen den Landwirt Josef **Zimmermann,** zurzeit an unbekannten Orten abwesend, früher zu Mannheim, unter der Behauptung, daß der Beklagte dem Kläger aus Darlehen vom Jahre 1903 die Zinsen für die Zeit vom 15. Juli 1903 bis 1. Juli 1904 im Betrag von 856 M. 75 Pf., sowie 4 Proz. Verzugszinsen hieraus seit 1. Juli 1904 schulde, mit dem Antrage, den Beklagten zur Zahlung von 856 M. 75 Pf. nebst 4 Proz. Zinsen hieraus seit 1. Juli 1904 und zu den Kosten des Rechtsstreits zu verurteilen und das Urteil gegen Sicherheitsleistung für vorläufig vollstreckbar zu erklären.
Der Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die dritte Zivilkammer des Gr. Landgerichts zu Karlsruhe auf:
Donnerstag den 4. Januar 1906, vormittags 9 Uhr,
mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.
II. Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Karlsruhe, den 30. Oktober 1905.
Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts.
Schneider.

Oeffentliche Zustellung einer Klage.
B.894.2.2 Nr. 24 175. **Konstanz.** Der Handelsmann **Lehmann Levi** zu Buttenhausen, Prozeßbevollmächtigter Rechtsanwalt Bloch in Konstanz, klagt gegen den Pferdeschlächter **Bernhard Looser,** früher zu Konstanz, jetzt an unbekannten Orten abwesend, unter der Behauptung, daß Beklagter dem Kläger aus Miete den Betrag von 240 Mark schulde, mit dem Antrage, durch vorläufig vollstreckbares Urteil den Beklagten zu verurteilen, an Kläger 240 Mark nebst 4% Zinsen vom Klagzustellungstag zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.
Der Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großherzogliche Amtsgericht zu Konstanz auf
Montag den 18. Dezember 1905, vormittags 9 Uhr.
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Konstanz, den 31. Oktober 1905.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

B.900. Nr. 4757. **Karlsruhe.**

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Karlsruhe belegene, im Grundbuche von Karlsruhe zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Architekten **Wilhelm Gimpel** in Karlsruhe eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am
Dienstag den 12. Dezember 1905, vormittags 9 Uhr,
durch das unterzeichnete Notariat V in dessen Diensträumen in Karlsruhe, Amalienstraße 19II, versteigert werden:
Lgb.-Nr. 7087, Grundbuch Band 285, Heft 11, Flächeninhalt 25 a 71 qm Acker, nun Arbeitsplatz, im Gewann „Grund",
amtlich geschätzt mit den dazu gehörigen Bauhutten zu 26 000 M.
Sechsundzwanzigtausend Mark.
Der Versteigerungsvermerk ist am 23. Juni 1905 in das Grundbuch eingetragen worden.
Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungsurkunde, ist jedermann gestattet.
Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, **spätestens im Versteigerungstermine** vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.
Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.
Karlsruhe, den 14. Oktober 1905.
Großh. Notariat V
als Vollstreckungsgericht.
Müller.